

Mustersatzung für eingetragene Vereine

(Stand: Dezember 1996)

Diese Mustersatzung enthält die Bestimmungen, die von der Abgabenordnung zwingend vorgeschrieben sind und vom Vereinsrecht (§§ 21 bis 79 BGB) gefordert werden. Darüber hinaus sind die Regelungen so ausgestaltet, dass sie ein transparentes und demokratisches Vereinsleben gewährleisten.

Formulierungen, die in Fettdruck erscheinen, sind nach Maßgabe der jeweiligen Begründung zwingend vorgegeben und sollten deshalb nicht - auch nicht zum Zweck sprachlicher Verbesserung - geändert werden.

Es handelt sich im übrigen um Empfehlungen. Bei der Gestaltung der Satzung ist darauf zu achten, dass sie keine Widersprüche enthält.

Auch wenn einem Verein bereits eine vorläufige Bescheinigung über die Gemeinnützigkeit ausgestellt wurde, empfehlen wir dringend die Übernahme der Gemeinnützigkeitsbestimmungen dieser Mustersatzung, um die Gemeinnützigkeit dauerhaft zu sichern. Die vorläufige Bescheinigung ist befristet und frei widerruflich.

In der Praxis hat es sich als hilfreich erwiesen, vor der Beschlussfassung der Mitgliederversammlung über eine Satzung oder Satzungsänderung den zuständigen Dachverband eines Spitzenverbandes der Freien Wohlfahrtspflege, z.B. des Paritätischen, um Beratung bzw. prüfende Durchsicht zu bitten.

Mustersatzung –Text

Satzung
des e.V.

§ 1 Name, Sitz, Eintragung¹⁾, Geschäftsjahr

- (1) Der Verein trägt den **Namen**
- (2) Er hat den **Sitz** in
- (3) Er ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht in **eingetragen²⁾**
- (4) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Vereinszweck³⁾

(1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige bzw. mildtätige Wohlfahrtszwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung 1977 (§§ 51 ff. AO) in der jeweils gültigen Fassung.

Zweck des Vereins ist⁴⁾

(2) Er bezweckt insbesondere⁵⁾

(3) Zur Verwirklichung der vorgenannten Zwecke wird der Verein vor allem wie folgt tätig:⁶⁾

§ 3 Selbstlosigkeit⁷⁾

(1) Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

(2) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder des Vereins dürfen in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins erhalten.

(3) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4 Mitgliedschaft⁸⁾

(1) **Mitglied** des Vereins kann jede natürliche⁹⁾ Person werden, die seine Ziele unterstützt (§2).

(2) Über den Antrag auf **Aufnahme** in den Verein entscheidet der Vorstand¹⁰⁾.

(3) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss oder Tod¹¹⁾.

(4) Der **Austritt** eines Mitglieds ist nur zum¹²⁾ möglich. Er erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand¹³⁾ unter Einhaltung einer Frist von¹⁴⁾.

(5) Wenn ein Mitglied gegen die Ziele und Interessen des Vereins schwer verstoßen hat oder trotz Mahnung mit dem Beitrag für¹⁵⁾ im Rückstand, bleibt, so kann es durch den Vorstand¹⁶⁾ mit sofortiger Wirkung ausgeschlossen werden.

Dem Mitglied muss vor der Beschlussfassung **Gelegenheit zur Rechtfertigung bzw. Stellungnahme¹⁷⁾** gegeben werden.

Gegen den Ausschlussbeschluss^{17a)} kann innerhalb einer Frist von¹⁸⁾ nach Mitteilung des Ausschlusses die nächste Mitgliederversammlung angerufen werden, die abschließend entscheidet.

§ 5 Beiträge¹⁹⁾

Die Mitglieder zahlen Beiträge nach Maßgabe eines Beschlusses der Mitgliederversammlung (§8). Zur Festlegung der Beitragshöhe und -fälligkeit ist eine²⁰⁾ Mehrheit der in der Mitgliederversammlung anwesenden²¹⁾ stimmberechtigten Vereinsmitglieder erforderlich²²⁾.

§ 6 Organe des Vereins²³⁾

Organe des Vereins sind:

- der Vorstand
- die Mitgliederversammlung

§ 7 Der Vorstand

(1) **Der Vorstand besteht aus**²⁴⁾

(2) **Vorstand im Sinne des §26 BGB sind:**²⁵⁾. Er vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich.

Je zwei Vorstandsmitglieder sind gemeinsam vertretungsberechtigt.

(3) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von²⁶⁾ Jahren gewählt.²⁷⁾ ²⁸⁾

Die Wiederwahl²⁹⁾ der Vorstandsmitglieder ist möglich. Der Vorsitzende³⁰⁾ wird von der Mitgliederversammlung in einem besonderen Wahlgang bestimmt.³¹⁾

Die jeweils amtierenden Vorstandsmitglieder bleiben nach Ablauf ihrer Amtszeit so lange im Amt, bis ihre Nachfolger gewählt sind.³²⁾

(4) Dem Vorstand obliegt die Führung der laufenden Geschäfte des Vereins.^{32a)}

Er hat insbesondere folgende Aufgaben:³³⁾.

Der Vorstand übt seine Tätigkeit ehrenamtlich aus.

Der Vorstand kann für die Geschäfte der laufenden Verwaltung einen Geschäftsführer bestellen. Dieser ist berechtigt, an den Sitzungen des Vorstands mit beratender Stimme teilzunehmen.

(5) Vorstandssitzungen finden jährlich mindestens³⁴⁾ statt. Die Einladung zu Vorstandssitzungen erfolgt durch³⁵⁾ schriftlich unter Einhaltung einer

Einladungsfrist von mindestens³⁶⁾). Vorstandssitzungen sind beschlussfähig, wenn.....³⁷⁾.

(6) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit³⁸⁾ Mehrheit.

(7) Beschlüsse des Vorstands können bei Eilbedürftigkeit auch schriftlich oder fernmündlich gefasst werden, wenn alle Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu dem Verfahren schriftlich oder fernmündlich erklären. Schriftlich oder fernmündlich gefasste Vorstandsbeschlüsse sind schriftlich niederzulegen und von³⁹⁾ zu unterzeichnen.

§ 8 Mitgliederversammlung

(1) Die **Mitgliederversammlung** ist einmal jährlich **einzuberufen**.⁴⁰⁾

(2) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn es das Vereinsinteresse erfordert oder wenn die Einberufung von.....⁴¹⁾ der Vereinsmitglieder schriftlich und unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangt wird.⁴²⁾

(3) Die **Einberufung**⁴³⁾ der Mitgliederversammlung erfolgt **schriftlich durch**⁴⁴⁾ unter Wahrung einer **Einladungsfrist** von mindestens⁴⁵⁾ Wochen bei gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung.⁴⁶⁾

Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens folgenden Tag. Es gilt das Datum des Poststempels. Das Einladungsschreiben gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein schriftlich bekannt gegebene Adresse gerichtet ist.

(4) Die Mitgliederversammlung als das oberste beschlussfassende Vereinsorgan ist grundsätzlich für alle Aufgaben zuständig, sofern bestimmte Aufgaben gemäß dieser Satzung nicht einem anderen Vereinsorgan übertragen wurden.⁴⁷⁾

Ihr sind insbesondere die Jahresrechnung und der Jahresbericht zur Beschlussfassung über die Genehmigung und die Entlastung des Vorstands schriftlich vorzulegen. Sie bestellt zwei Rechnungsprüfer, die weder dem Vorstand noch einem vom Vorstand berufenen Gremium angehören und auch nicht Angestellte des Vereins sein dürfen, um die Buchführung einschließlich Jahresabschluss zu prüfen und über das Ergebnis vor der Mitgliederversammlung zu berichten.

Die Mitgliederversammlung entscheidet insbesondere über:

- a) Aufgaben des Vereins,
- b) An- und Verkauf sowie Belastung von Grundbesitz,
- c) Beteiligung an Gesellschaften,
- d) Aufnahme von Darlehen ab €^{47a)}
- e) Mitgliedsbeiträge (siehe § 5),
- f) Satzungsänderungen,
- g) Auflösung des Vereins.

(5) Jede satzungsmäßig einberufene Mitgliederversammlung wird als beschlussfähig anerkannt ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Vereinsmitglieder.

Jedes Mitglied hat 1 Stimme.

Das Stimmrecht ist nicht übertragbar.⁴⁸⁾

(6) Die Mitgliederversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit⁴⁹⁾. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

§ 9 Änderung des Zwecks und Satzungsänderung

(1) Für die Änderung des Vereinszwecks und für andere Satzungsänderungen ist eine⁵⁰⁾ Mehrheit der erschienenen⁵¹⁾ Vereinsmitglieder erforderlich.

Über Satzungsänderungen kann in der Mitgliederversammlung nur abgestimmt werden, wenn auf diesen Tagesordnungspunkt bereits in der Einladung zur Mitgliederversammlung hingewiesen wurde und der Einladung sowohl der bisherige als auch der vorgesehene neue Satzungstext beigefügt worden waren.

(2) Satzungsänderungen, die von Aufsichts-, Gerichts- oder Finanzbehörden aus

formalen Gründen verlangt werden, kann der Vorstand von sich aus vornehmen. Diese Satzungsänderungen müssen allen Vereinsmitgliedern alsbald schriftlich mitgeteilt werden.

§ 10 Beurkundung von Beschlüssen⁵²⁾

Die in Vorstandssitzungen und in Mitgliederversammlungen gefassten Beschlüsse sind schriftlich niederzulegen und von⁵³⁾ zu unterzeichnen.

§ 11 Auflösung des Vereins und Vermögensbindung

(1) Für den Beschluss, den Verein aufzulösen, ist eine $\frac{3}{4}$ Mehrheit⁵⁴⁾ der in der Mitgliederversammlung anwesenden⁵⁵⁾ Mitglieder erforderlich. Der Beschluss kann nur nach rechtzeitiger Ankündigung in der Einladung zur Mitgliederversammlung gefasst werden.

(2) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke⁵⁶⁾ fällt das Vermögen des Vereins an⁵⁷⁾, der es ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige bzw. mildtätige Wohlfahrtszwecke zu verwenden hat.

(Ort, Datum)

(Unterschriften)⁵⁸⁾

Mustersatzung Erläuterungen

- 1) Gern. § 57 BGB müssen sich aus der Satzung Name, Sitz und Eintragung ergeben.
- 2) Wenn der Verein noch nicht eingetragen ist, kann es auch heißen: "Er wird in das Vereinsregister beim Amtsgericht in eingetragen."
- 3) Angabe des Vereinszwecks ist durch § 57 BGB vorgeschrieben. Bei Erfüllung mildtätiger Zwecke gilt eine erweiterte Spendenabzugsmöglichkeit (vgl. § 1 Ob Abs. 1 Satz 2 EStG) und die Gebührenermäßigung des § 144 Kostenordnung (vgl. S. 40).
- 4) Hier ist möglichst in Anlehnung an die Bestimmungen der Abgabenordnung (§§ 52, 53) in allgemeiner Formulierung der Zweck des Vereins anzugeben, Z.B. Förderung der Jugend und Altenhilfe, Unterstützung hilfsbedürftiger Personen, Betreuung Straffälliger und ihrer Angehörigen, sozialpädagogische und wirtschaftliche Betreuung jugendlicher, Betreuung pflegebedürftiger Menschen.
Für die Mitgliedschaft in einem Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege ist Voraussetzung, dass der Verein sich unmittelbar wohlfahrtspflegerischen Aufgaben widmet. Eine zulässige Ausnahme von der Unmittelbarkeit stellen Fördervereine gemäß § 58 Nr. 1 AO und Dachorganisationen gemäß § 57 Abs. 2 AO dar.
Vor der Anerkennung der Gemeinnützigkeit des Vereins durch das Finanzamt dürfen keine Spendenbescheinigungen ausgestellt werden (vgl. Ausführungen S. 44 und 49).
- 5) Hier sollte die konkrete Zielrichtung möglichst umfassend dargestellt werden. Wirtschaftliche Zielsetzungen dürfen allenfalls eine untergeordnete Rolle spielen. Sie müssen dem idealen Hauptzweck funktional untergeordnet sein. Ein Verein mit überwiegender wirtschaftlicher Zielsetzung ist nicht eintragungsfähig (§ 21 BGB, S.70; siehe auch Ausführungen S. 8, 9).
- 6) z.B. Errichtung und Unterhaltung eines Krankenhauses, Alters , Kinder oder Jugendheims, Kindergartens, einer Erziehungsberatungsstelle.
- 7) Ein gemeinnütziger Verein muss wegen § 55 AO selbstlos tätig sein. Wir empfehlen dringend die wörtliche Übernahme der Formulierungen, da sie dem Muster im Anwendungserlaß des Bundesministers der Finanzen zur Abgabenordnung entsprechen.
- 8) Regelungen über den Eintritt und Austritt der Mitglieder müssen wegen § 58 Nr. 1 BGB in die Satzung aufgenommen werden.
- 9) Gegebenenfalls ergänzen: und jede juristische.
Gegebenenfalls hinsichtlich fördernder und Ehrenmitglieder ergänzen, wodurch sich diese in Rechten und Pflichten von den ordentlichen Mitgliedern unterscheiden sollen (insbesondere Stimmrecht, Beitragspflicht).
Wegen Minderjähriger als Vereinsmitglieder: siehe S.30.
- 10) Mögliche Alternativen: die Mitgliederversammlung, der Vorsitzende.
Gegebenenfalls ergänzen: "Gegen die Ablehnung des Aufnahmeantrags kann innerhalb einer Frist von ... Wochen nach Mitteilung der Ablehnung an den Antragsteller die nächste Mitgliederversammlung angerufen werden!"
- 11) Wenn auch juristische Personen Mitglieder sein können, ist zu ergänzen: "bzw. bei juristischen Personen durch deren Auflösung".
- 12) Hier einen Zeitpunkt einsetzen, z.B. Ende des Geschäftsjahrs, Quartalsende, Monatsende. Es kann aber auch eine fristlose Kündigung des Mitgliedschaftsverhältnisses vorgesehen werden. Der Austritt darf wegen § 39 BGB nicht unzulässig erschwert werden. So ist z.B. eine Satzungsbestimmung, dass der Austritt mit eingeschriebenem Brief zu erfolgen hat, mit § 39 BGB nicht vereinbar.
- 13) Es genügt hier die Abgabe der Erklärung gegenüber einem Vorstandsmitglied, §28 Abs. 2 BGB. Diese Vorschrift ist nicht abdingbar.
- 14) Hier eine Frist in Wochen oder Monaten einsetzen. Wenn eine fristlose Kündigung vorgesehen ist (siehe oben unter 12), entfällt der Text: "unter Einhaltung einer Frist von....."
- 15) Hier einen Zeitraum in Monaten oder Jahren einsetzen.
- 16) Alternative: die Mitgliederversammlung

- 17) Wenn ein Ausschluss aus dem Verein vorgesehen ist, gehört die Anhörung zur ordnungsgemäßen Sachverhaltsklärung.
- 17a) Der Ausschließungsbeschluss ist sorgfältig zu begründen.
- 18) Frist nicht kürzer als 1 Monat; maßgebend ist jeweils der Posteingang.
- 19) Eine Regelung über Beiträge muss wegen § 58 Nr. 2 BGB in die Satzung aufgenommen werden. Die Bezifferung in der Satzung wird nicht empfohlen, da dann bei jeder Beitragsänderung eine Satzungsänderung erforderlich würde.
- 20) Hier einsetzen: z.B. einfache, 2/3-.
- 21) Gegebenenfalls ergänzen: "und vertretenen" (vgl. aber Anmerkung 48).
- 22) Unzulässig wäre eine Bestimmung, dass die Mitglieder für die Schulden des Vereins unmittelbar den Gläubigern des Vereins gegenüber haften.
- 23) In der Satzung können auch weitere Organe vorgesehen werden wie besonderer Vertreter gemäß § 30 BGB, Beirat, Ältestenrat, Mitarbeiterkonferenz, vgl. S. 14. Als Organ werden vereinsrechtlich nur solche Gremien bezeichnet, die Entscheidungsbefugnisse und einen eigenen Wirkungsbereich haben.
- 24) z.B.: "dem Vorsitzenden und einem stellvertretenden Vorsitzenden", "dem 1. und 2. Vorsitzenden und bis zu ... Beisitzern" oder: "bis zu ... gleichberechtigten Personen". Wir empfehlen, eine ungerade Zahl von Vorstandsmitgliedern festzulegen, um in Vorstandssitzungen Mehrheitsentscheidungen zu ermöglichen.
- 25) Im Unterschied zum Gesamtvorstand nach Abs. 1 sind hier die Vorstandsmitglieder gemeint, die den Verein nach außen vertreten dürfen und im Vereinsregister eingetragen werden, z.B. "Der 1. und der 2. Vorsitzende sowie der Schriftführer".
- 26) Im allgemeinen 2 oder 3 Jahre; jedenfalls eine zeitlich begrenzte Amtsdauer. Falls nur Vereinsmitglieder in den Vorstand gewählt werden sollen, muss das hier festgelegt werden.
- 27) Regelungen über die Bildung des Vorstands schreibt § 58 Nr. 3 BGB vor.
- 28) Zur Absicherung gegen Interessenkollisionen empfehlen wir folgenden Zusatz:
"Hauptamtliche Mitarbeiter des Vereins haben kein passives Wahlrecht (vgl. auch S. 11).
- 29) Die Wiederwahl kann auch ausgeschlossen oder begrenzt werden.
- 30) oder: "Der Vorsitzende und ..." (z.B. 2. Vorsitzende, Kassierer, Schriftführer)
- 31) oder: "Der Vorsitzende wird vom Vorstand aus seiner Mitte gewählt."
- 32) Diese Bestimmung sollte unbedingt in die Satzung aufgenommen werden, um den Verein bei einer Verzögerung der Neuwahl handlungsfähig zu erhalten.
Gegebenenfalls ergänzen: "und ihr Amt antreten können".
- 32a) Diese Formulierung entspricht dem abänderbaren gesetzlichen Leitbild, vgl. §§27 Abs.3, 40 BGB.
- 33) Hier sind die Geschäfte und Tätigkeiten zu nennen, die dem Vorstand ohne Mitwirkung der Mitgliederversammlung überlassen werden sollen: z.B. Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung, Abschluss und Kündigung von Arbeitsverträgen.
Durch die Satzung kann festgelegt werden, dass für einzelne Bereiche besondere Vertreter gemäß § 30 BGB bestellt werden können. Beim Fehlen einer entsprechenden Satzungsbestimmung ist die Bestellung unzulässig und daher unwirksam.
Da die Bestellung eines besonderen Vertreters gemäß § 30 BGB nur selten zweckmäßig ist, wird auf einen Formulierungsvorschlag verzichtet (vgl. Hinweise S. 14).
- 34) Hier eine Mindestzahl einsetzen und gegebenenfalls ergänzen: "sowie nach Bedarf".
- 35) z.B.: "den Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung durch den stellvertretenden Vorsitzenden".
- 36) Hier eine Angabe in Tagen oder Wochen einsetzen, eventuell ergänzen: "sowie Beifügung der Tagesordnung".
- 37) z.B.: "satzungsgemäß eingeladen wurde und mindestens ... Vorstandsmitglieder darunter der Vorsitzende oder der stellvertretende Vorsitzende anwesend sind."
- 38) Empfehlung: "einfacher".
- 39) z.B.: "dem Vorsitzenden".

- 40) Regelungen über die Einberufung einer Mitgliederversammlung sind wegen § 58 Nr. 4 BGB notwendig. Bei überregional tätigen, mitgliederstarken Vereinen könnte auch vorgesehen werden, dass die Mitgliederversammlung mindestens alle zwei Jahre einberufen werden muss.
- 41) Im allgemeinen 10 bis 30 %; der Prozentsatz muss jedenfalls unter 50 liegen.
- 42) vgl. die nicht abgeänderten Regelungen in §§36, 37 BGB.
- 43) Die Satzung muss wegen § 58 Nr. 4 BGB eine Vorschrift über die Einberufung und deren Form enthalten (empfehlenswert ist Schriftform).
- 44) z.B.: "den Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung durch den stellvertretenden Vorsitzenden".
- 45) Mindestens "zwei Wochen", damit sich alle Vereinsmitglieder ausreichend lange auf die Beschlussfassungspunkte vorbereiten können.
- 46) Eine Ergänzung der Tagesordnung durch die Vereinsmitglieder um neue Beschlussfassungspunkte erfordert eine entsprechende Satzungsbestimmung und eine Bestimmung darüber, innerhalb welcher Frist die Ergänzung beim Vorstand schriftlich beantragt werden muss. Bei der Fristbestimmung ist darauf zu achten, dass auch die nachträglichen oder neuen Tagesordnungspunkte allen Vereinsmitgliedern noch bis spätestens zwei Wochen vor dem Sitzungstermin zugesendet werden können, damit die Mitglieder über eine Teilnahme entscheiden und sich vorbereiten können. Andernfalls können Beschlüsse angefochten werden.
- 47) Diese Formulierung entspricht dem abänderbaren gesetzlichen Leitbild des § 32 Abs. 1 Satz 1 BGB. Sofern eine Mitgliedschaft im Paritätischen Wohlfahrtsverband angestrebt wird, ist dieses Leitbild nur insoweit abänderbar, als dadurch nicht die Aufsichtsfunktion der Mitgliederversammlung außer Kraft gesetzt wird.
- 47a) Der einzusetzende Betrag sollte nicht zu niedrig angesetzt werden.
- 48) Statt dessen könnte jedoch bestimmt werden, dass zur Ausübung des Stimmrechts ein anderes Vereinsmitglied bzw., sofern dem Verein juristische Personen angehören, ein Vertreter der juristischen Person schriftlich und für jede Mitgliederversammlung gesondert bevollmächtigt werden kann. Es sollte dann außerdem ergänzt werden, dass nicht mehr als 1, 2 oder 3 Fremdstimmen vertreten werden können.
- 49) Einfache Mehrheit ist gegeben, wenn die gültigen Ja Stimmen die gültigen Nein-Stimmen überwiegen. Ungültige Stimmen und Enthaltungen beeinflussen das Ergebnis nicht.
- 50) z.B.: "3/4" (vgl. §§ 33, 40 BGB).
- 51) Gegebenenfalls ergänzen: "und vertretenen" (vgl. aber Anmerkung 48).
- 52) Die Notwendigkeit einer Regelung ergibt sich aus § 58 Nr. 4 BGB.
- 53) z.B.: "dem jeweiligen Versammlungsleiter und dem Protokollführer der Sitzung".
- 54) Hier kann auch eine andere, der Bedeutung des Beschlusses angemessene Mehrheit gewählt werden.
- 55) Gegebenenfalls ergänzen: "und vertretenen" (vgl. aber Anmerkung 48).
- 56) Die Vermögensbindung wird von § 61 AO vorgeschrieben.
- 57) "Bei angestrebter Mitgliedschaft im Paritätischen muss hier als Ausdruck der Gegenseitigkeit eine paritätische Mitgliedsorganisation, ein paritätischer Landesverband oder der paritätische Gesamtverband als heimfallberechtigt eingesetzt werden (vgl. Ziffer 7 der Aufnahmegrundsätze, S. 61). Wird eine Körperschaft des öffentlichen Rechts eingesetzt, kann dies den Verein von Fördermöglichkeiten, z.B. durch die Deutsche Behindertenhilfe Aktion Sorgenkind, ausschließen."
- 58) Die Gründungssatzung eines Vereins muss von mindestens sieben Mitgliedern unterzeichnet sein (§ 59 Abs. 3 BGB).